

Berlin stellt sich auf Pleite Athens ein

12. Juni 2015

Der Druck auf Griechenland steigt: Der IWF bricht Gespräche vorzeitig ab, in Deutschland denkt man offenbar über Kapitalsverkehrskontrollen für den Fall eines Grexit nach

Berlin – Die deutsche Bundesregierung bereitet sich einem Medienbericht zufolge auf einen Staatsbankrott Griechenlands vor. Es gebe konkrete Beratungen, was im Fall einer Pleite Athens zu tun sei, berichtete die "Bild"-Zeitung vom Freitag unter Berufung auf mehrere mit den Vorgängen vertraute Personen. Danach sei unter anderem im Gespräch, bei einer Staatspleite Kapitalverkehrskontrollen in Griechenland einzuführen. Außerdem werde ein Schuldenschnitt für das Land diskutiert. Regierungsbeamte stünden darüber in einem engen Austausch auch mit Mitarbeitern der Europäischen Zentralbank (EZB). Einen konkreten Plan, wie im Fall einer griechischen Staatspleite zu reagieren sei, habe Deutschland allerdings nicht. Vieles müsse ad hoc entschieden werden.

Ein Sprecher der deutschen Regierung konnte den Bericht zunächst nicht kommentieren.

Tusk: Griechen sollen "Spielchen" beenden

Am Donnerstag hatten die internationalen Geldgeber den Druck auf Athen erhöht. Der Internationale Währungsfonds (IWF) zog überraschend sein Verhandlungsteam aus Brüssel ab und begründete das mit "großen Differenzen" bei den Gesprächen. Der Fonds betonte aber, er bleibe "voll engagiert". Ein IWF-Sprecher sagte, die griechische Regierung suche offenbar auf politischer Ebene nach einer Lösung mit den EU-Partnern. Zuvor hatten sich EU-Spitzenvertreter noch zuversichtlich gezeigt, dass eine Einigung erzielt werden kann. Ratspräsident Donald Tusk mahnte die griechische Regierung, ihre "Spielchen" zu beenden.

Einem EU-Diplomaten zufolge war ein zweistündiges Treffen von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mit dem griechischen Regierungschef Alexis Tsipras am Nachmittag ein "letzter Versuch", um ein Abkommen zu ermöglichen. Die Begegnung wäre nicht notwendig gewesen, wenn in den Verhandlungen alles rund gelaufen wäre, hieß es. Ein Sprecher der griechischen Regierung signalisierte nach den EU- und IWF-Äußerungen Gesprächsbereitschaft, um bald eine Einigung zu erzielen.

Noch Donnerstagfrüh hatte sich die deutsche Kanzlerin Angela Merkel zufrieden über das Treffen mit Tsipras und Frankreichs Präsident François Hollande am Vorabend in Brüssel geäußert. Ein hochrangiger EU-Vertreter sprach von "guten Aussichten", dass nächste Woche eine Einigung zustande komme, die für die Eurofinanzminister akzeptabel wäre. Am nächsten Donnerstag trifft sich die Eurogruppe regulär in Luxemburg.

Meinungsverschiedenheiten

Die Hoffnung auf eine baldige Lösung verhalf den europäischen Aktienmärkten zunächst zu deutlichen Gewinnen. Das Plus reduzierte sich dann jedoch zeitweise, als IWF-Sprecher Gerry Rice sagte, dass es noch große Meinungsverschiedenheiten gebe – vor allem bei Pensionen, Steuern und in Finanzierungsfragen.

Brüssel setzt auf Einigung

Eine den Verhandlungen nahestehende Person sagte jedoch, es gebe keinen Anlass für übermäßigen Pessimismus. Bei dem Schritt des IWF habe es sich eher um eine Unterbrechung als um einen regelrechten Abbruch der Gespräche gehandelt.

Auch die EU-Kommission setzt weiter auf eine Übereinkunft. Politischer Wille sei dafür aber absolut nötig, sagte der Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. Die Verhandlungen würden auf technischer Ebene fortgesetzt.

Die von den Geldgebern geforderten Reformen sollen Gegenleistung für weitere Hilfen sein und die rezessionsgeplagte griechische Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen. Eine Einigung ist Voraussetzung für die Freigabe von 7,2 Milliarden Euro aus dem bis Ende Juni laufenden Programm.

Kritik an Regierung in Athen

Aus dem Gespräch zwischen Juncker und Tsipras wurden zunächst keine Details bekannt. Der EU-Kommissionspräsident hatte das Verhalten der griechischen Regierung zuletzt kritisiert. Zum Gespräch begrüßte Juncker Tsipras mit den Worten: "Komm in die Folterkammer."

Der deutsche Bundesbank-Präsident Jens Weidmann warnte vor der wachsenden Gefahr einer griechischen Staatspleite: "Die Zeit läuft ab, und das Risiko einer Insolvenz nimmt täglich zu." Zwar seien die Ansteckungseffekte bei einem solchen Szenario inzwischen besser eingedämmt als in der Vergangenheit, "sie sollten aber nicht unterschätzt werden".